



Situation der Migrantenkinder in Freiburg

Die Kritik des UN-Menschenrechtsrats am deutschen Bildungssystem war der große Aufreger der letzten Woche. „Miserables Zeugnis fürs Schulsystem“, titelte die BZ. „Deutsche beleidigt“ die TAZ, und der saarländische Kultusminister Schreier (CDU) empörte sich: „Das deutsche Bildungssystem ist kein Fall für amnesty international.“

Auslöser war der Bericht von Vernor Munoz, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung. Vor dem Menschenrechtsrat in Genf hatte Munoz kritisiert, dass Kinder aus Einwandererfamilien in deutschen Schulen deutlich schlechtere Chancen haben als andere. Munoz war im vergangenen Jahr durch die Bundesrepublik gereist und hatte sich einen Überblick über das Schulsystem verschafft. Sein Abschlussbericht enthält auf 26 Seiten mehr als hundert Feststellungen und Schlussfolgerungen zur Frage der Chancengleichheit in deutschen Bildungseinrichtungen.

Schon vor einem halben Jahr, im Oktober 2006, hatte die Fraktion Junges Freiburg/Die Grünen den Besuch des UN-Menschenrechtskommissars zum Anlass genommen, die Situation der Migrantenkinder in Freiburg untersuchen zu lassen.

Dass das Menschenrecht auf Bildung in der Bundesrepublik nicht für alle Kinder und Jugendlichen verwirklicht ist, hatten schon die Ergebnisse der PISA-Studie gezeigt. In keinem anderen Industrieland werden soziale Unterschiede durch das Bildungssystem so zementiert wie in Deutschland.

Vor diesem Hintergrund wollen Junges Freiburg/Die Grünen in einer detaillierten Anfrage von der Verwaltung u.a. wissen, wie die aktuelle Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler der verschiedenen Freiburger Schultypen ist und welche Fördermöglichkeiten angeboten werden.

Freiburg ist zwar eine Stadt der Bildung und Wissenschaft – aber auch keine Insel der Seligen. Eine Schulfestsetzung aus dem Jahr 2002 belegt, dass der Anteil von Migrantenkindern an Freiburger Gymnasien 4% beträgt, an Freiburger Sonderschulen dagegen 25% – ein Indiz dafür, dass auch hier noch einiges getan werden muss, um Kindern aus Zuwandererfamilien die gleichen Chancen zu bieten wie Kindern aus bildungsbürgerlichen Elternhäusern.

Was in Freiburg genau getan werden muss, wird die Antwort auf die Fraktionsanfrage ergeben. Um konkrete Maßnahmen ergreifen zu können, braucht man aussagekräftige Daten, die zurzeit mit Hilfe des Staatlichen Schulamts aufbereitet werden. Die Diskussion der Ergebnisse wird in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung und des Migrationsausschusses am 11. Juni 2007 erfolgen. Hier wird es auch um konkrete Schritte zur Verbesserung der „Situation der Migrantenkinder in Freiburg“ gehen.

Die Bildungscommission des Migrantenbeirats befasst sich ebenfalls schon seit längerem mit diesem Thema und soll in der gemeinsamen Ausschusssitzung am 11. Juni angehört werden. Denn der letzte OECD-Bericht vom Juni 2006 mit dem Titel „Wo haben Schüler mit Migrationshintergrund die größten Erfolgchancen?“ hat noch etwas anderes zutage gefördert: Der Abstand zwischen Einheimischen und Einwanderern verstärkt sich in der zweiten Generation noch einmal deutlich. Kinder und Jugendliche, die deutsche Bildungsinstitutionen von Anfang an durchlaufen, schneiden schlechter ab als diejenigen, die einen Teil ihrer Schullaufbahn im Heimatland absolviert haben. Dies gibt es so in keinem anderen der untersuchten Länder. Allen anderen OECD-Ländern gelingt eine erhebliche Verbesserung des Leistungsniveaus der Migranten von der ersten zur zweiten Generation.

Schuldenfrei in 15 Jahren

In 15 Jahren wird die Stadt Freiburg schuldenfrei sein. Zum ersten Mal wird es wohl in Freiburg ein langfristiges, vom Gemeinderat beschlossenes Entschuldungskonzept geben. Die CDU-Stadtratsfraktion legte jetzt einen Masterplan vor, der verbindliche Schuldentilgungen in den nächsten 15 Jahren vorsieht. Gleichzeitig soll in diesen Jahren der Bestand an öffentlichen Gebäuden, Brücken, Straßen und Wegen saniert werden.

Bisher zahlt die Stadt etwa 15 Millionen Euro Zinsen im Jahr und tilgt etwa 10 Mio. Euro Schulden. Gleichzeitig nimmt sie jedoch 10 Mio. Euro Schulden auf. Der Schuldenberg von derzeit 336 Mio. Euro wird nicht kleiner.

Dies kann so nicht weitergehen. Der Masterplan der CDU zur Entschuldung der Stadt sieht daher folgende Maßnahmen vor:

Ab 2009 jährlich 30 Millionen Schuldendienst

Ab dem Jahre 2009 wird städtisches Vermögen im Umfang von 30 Mio. Euro im Jahr verkauft. Dies bewegt sich in den bislang üblichen Größenordnungen. Jedoch werden die Erlöse nicht wie bisher zum Stopfen der Haushaltslöcher verwendet. Vielmehr sollen von diesen 30 Millionen Euro, die Hälfte, also 15 Millionen Euro, zur Schuldentilgung verwendet werden und 15 Millionen Euro zusätzlich zur Bestandssanierung von Schulen, Brücken, Straßen und öffentlichen Gebäuden. Der bislang schon geltende Ansatz von 15 Millionen Euro für Zinszahlungen wird ebenfalls weiterhin für den Schuldendienst verwendet.

Auswirkungen hat der Masterplan aber schon in den Jahren 2007 und 2008: Wenn durch die positive wirtschaftliche Entwicklung im Land mehr Steuereinnahmen an die Stadt fallen, sollen auch diese je zur Hälfte für Schuldentilgung und Bestandssanierung verwendet werden.

Masterplan für Generationengerechtigkeit

Jahrelang haben wir von der Substanz, d.h. städtischem Vermögen gelebt und dennoch unseren Kindern einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Nachdem durch den Masterplan die in der Vergangenheit praktizierte Methode „Vermögensverkauf, um die Haushaltslöcher zu stopfen“ nicht mehr genutzt werden darf, müssen die Haushaltsentwürfe der Verwaltung ab 2009 anders aussehen. Der Gemeinderat nimmt seine Verantwortung ernst und beauftragt die Verwaltung, künftig nur noch Haushaltsentwürfe vorzulegen, in denen die o.g. Ansätze verwirklicht wurden (im Jahr 30 Mio. Schuldendienst [Annuität], 15 Mio. für Bestandssanierung).

AUS DEN FRAKTIONEN

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet



Freiburg ist jetzt auch ganz offiziell Unistadt

In Abwandlung eines bekannten Werbeslogans „Wo Uni drin“, ist auch Uni drin“ macht die Stadt Freiburg künftig auf den offiziellen Ortseingangsschildern darauf aufmerksam, was die Besucher „drin“ erwartet: die Universität, die dieses Jahr ihr 550-jähriges Gründungsjubiläum feiert. Oberbürgermeister Dieter Salomon und Wolfgang Jäger, der Rektor der Albert-Ludwigs-Universität, stellen die neuen Ortseingangsschilder am vorigen Mittwoch am Fahnenbergplatz vor, ehe sie an ihren endgültigen Standorten am Zubringer Mitte und Süd, an der Schwarzwaldstraße und der Isfahanallee installiert werden. (Foto: R. Bühli)

Klarer, verlässlicher Plan

Geht man von einem Haushaltsvolumen von ca. 600 Mio. Euro aus, sind diese 30 Millionen etwa 5 Prozent. Auch die Stadtverwaltung und die Zuschussempfänger profitieren von langfristigen Entschuldungskonzepten. Denn diese klare Vorgabe gilt für 15 Jahre. Ständig neue Sparkonzepte bei jedem Doppelpasshalten gehören der Vergangenheit an. Langfristige und verlässliche Planung ist wieder möglich.

Richtige Antwort auf Bürgerentscheid

Der CDU-Masterplan ist auch die richtige Antwort auf das Ergebnis des Bürgerentscheids. Nachdem eine kurzfristige Entschuldung durch den Stadtbauverkauf nicht akzeptiert wurde, ist nun ein langfristiges, aber klares und verlässliches Entschuldungskonzept gefragt.

Bedingung für Zustimmung zum Haushalt

Der Masterplan wird im Gemeinderat diskutiert werden, positive Signale aus anderen Fraktionen habe man schon erhalten, so Udo Harter. Eines macht der stellvertretende Fraktionsvorsitzende jedoch deutlich: „Nur wenn der Masterplan im Gemeinderat beschlossen wird, können wir dem Haushaltsplanentwurf 2007/2008 mit einer eventuellen Grundsteuererhöhung zustimmen.“

Tochtergesellschaften besser als die „Mutter“

Der vorliegende Beteiligungsbericht bestätigt erneut, dass die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen ihre Aufgaben zuverlässig und auf hohem Niveau zum Wohl der Stadt wahrnehmen. Mit ihren durchweg wirtschaftlich positiven Ergebnissen, bezogen auf die ihnen übertragenen Aufgaben, tragen sie erheblich zur Konsolidierung des städtischen Haushalts bei. Sie übernehmen die Aufträge der Stadt in der Energieversorgung, der Abfallwirtschaft, der Wohnungsbau- und Wohnraumversorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wirtschaft, Touristik, dem Messe- und Veranstaltungswesen, und seit letztem Jahr auch die Freiburger Bäder und das Theater. Dabei müssen sie sich auf einem immer härter werdenden wettbewerblichen Umfeld bewegen. Um sich in diesem Markt erfolgreich behaupten zu können, müssen sie gut aufgestellt sein. Durch umfangreiche Umorganisationen und gravierenden Restrukturierungsmaßnahmen haben die Gesellschaften ihr marktwirtschaftliches Profil ausgebaut und können sich im Vergleich durchaus sehen lassen. Trotz wirtschaftlicher Einbrüche in einigen Branchen sind die Ergebnisse in den letzten zwei Jahren sehr positiv. Besser als die Stadt investieren sie jährlich annähernd hundert Millionen Euro und leisten einen erheblichen wirtschaftlichen Beitrag für die Stadt und die Region. Allein die Badenova VAG will in den nächsten 3 Jahren rund 130 Millionen investieren. Die VAG hält ihr hohes ÖPNV-Niveau durch weitere kundenfreundliche Angebote und tritt den üblichen Verlusten mit wirtschaftlichen Maßnahmen entgegen. Die Stadtbau GmbH wird, wenn möglich, mit einer zweistelligen Millionensumme ihren substanzziellen Beitrag zum städtischen Haushalt leisten. Trotz des verschärften Wettbewerbs hat die Abfallwirtschaft und Stadtreinigung wiederum positive Jahresergebnisse aufzuweisen. Dies gelang ihr besonders durch die Ausweitung ihrer Geschäftsfelder. Die Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe leidet insbesondere durch Kostenübernahmen, die nicht von ihr verursacht werden. Hinzu kommt, dass die eminent steigenden Energiekosten die Bilanz sehr stark belasten.

ADRESSEN

Junges Freiburg/Die Grünen: www.jf-gruene.de	Tel. 70 1323	Fax 75405
CDU: www.cdu-fraktion-freiburg.de	Tel. 201-1810	Fax 30861
SPD: www.freiburgspd.de	Tel. 201-1820	Fax 381507
Unabhängige Listen: www.unabhaengige-listen-freiburg.de	Tel. 201-1870	Fax 2 6234
Freie Wähler: www.freie-waehler-freiburg.de	Tel. 201-1850	Fax 382206
FDP:	Tel. 387690	Fax 387699



Gemeinsamer Beitrag der Fraktion der Unabhängigen Listen und der SPD-Fraktion

Schließung des Adelhausemuseums verhindern!

Die Fraktionen der Unabhängigen Listen und der SPD unterstützen die Initiative des Freundeskreises Adelhausemuseums Freiburg e.V.:

Am 15. Mai soll der Haushalt der Stadt Freiburg für die Jahre 2007 und 2008 verabschiedet werden. Die Fraktionen von Junges Freiburg/Die Grünen, CDU und Freien Wählern haben bereits im Sommer 2006 mehrheitlich die so genannten 10%-Kürzungen bei den freien Trägern in den Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe, Soziales, Kultur und Sport beschlossen, die im Haushaltsentwurf für 07/08 eingearbeitet sind und deren Rücknahme wir fordern. Es gibt darüber hinausgehende gemeinsame Kürzungsvorschläge dieser Fraktionen, die die Infrastruktur im Bereich der Kultur in Frage stellen. Einer dieser gemeinsamen Anträge von Schwarz-Grün und Freien Wählern sieht vor, die Mittel für das Adelhausemuseum auf weniger als die Hälfte zu reduzieren. Gleichzeitig soll die Naturkundliche Abteilung an den Mundehof verlagert werden. Für diese Verlagerung werden allerdings keine Gelder bereitgestellt, von der Völkerkunde-Abteilung ist schon gar nicht mehr die Rede.

Sollte dieser Antrag am Dienstag, 15. Mai, eine Mehrheit im Gemeinderat finden, ist dies das endgültige Aus für das Freiburger Adelhausemuseum Natur- und Völkerkunde!

Noch vor einem Jahr hat der Gemeinderat im Rahmen der vorgesehnen Museumsentwicklung fraktionsübergreifend den bildungspolitischen Auftrag des Adelhausemuseums bestätigt und eine Neukonzeption als familienorientiertes Museum in Auftrag gegeben.

Diese Konzeption liegt vor. Danach soll ein baulich erneuertes Museum den Reichtum der Natur und die Vielfältigkeit der Kulturen sowie das Zusammenspiel von Natur und Mensch vermitteln. Das Museum greift damit zwei wesentliche Säulen des Selbstverständnisses der Stadt Freiburg auf: Ökologie und Interkultur. Hauptziele sind die frühe Erreichbarkeit des jungen Publikums und ein begleitendes Betreuen aller Altersgruppen in Fragen der Natur- und Umweltkenntnis sowie der interkulturellen Begegnung. Diese für viel Geld erarbeitete Konzeption soll jetzt auf dem Müll landen.

Eine Scheune auf dem Mundehof ist keine Alternative: Die Räumlichkeiten sind völlig ungeeignet, zudem ist der Mundehof im normalen Schullalltag für Schulklassen und Kindergärten nur schlecht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, die nächste Straßenbahnhaltestelle im Rieselfeld ist 2 km entfernt.



Wir bitten Sie deshalb, kämpfen Sie mit uns für den Erhalt des Museums im Herzen Freiburgs!

Demonstrieren Sie am Freitag, 20.04.2007, um 12.00 Uhr auf dem Augustinerplatz für den Erhalt des Adelhausemuseums. Machen Sie mit bei der Unterschriftenaktion: Listen hängen aus an den Räumen unserer Fraktionen im Rathaus



Spannende Haushaltsberatungen

Die Beratungen um die Finanzen Freiburgs für die nächsten zwei Jahre sind in vollem Gang, und inzwischen haben alle Fraktionen ihre Vorschläge bei der Verwaltung eingereicht. Angesichts der nach wie vor äußerst prekären Lage des Haushalts haben die FDP-Stadträte nur Vorschläge zu Ausgabenkürzungen unterbreitet und zwar in einem Volumen von rund 15 Millionen Euro. Bei den internen Beratungen hat sich gezeigt, dass in dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt immer noch ein immenses Sparpotenzial vorhanden ist, das ausgeschöpft werden kann, ohne den sozialen und den kulturellen Sektor zu beeinträchtigen. So plant die Verwaltung immer noch zum Beispiel einen Grundstücksverkauf für mehrere Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Bau einer neuen Stadtbahnlinie ein, worauf im Moment ohne weiteres verzichtet werden kann. Ebenso könnten bei der Verwaltung aus Sicht der FDP-Stadträte durch Optimierung der internen Abläufe und der Organisation noch immense Kosten eingespart werden. Nutzt man solche Potenziale, dann wird sich der Haushalt aus Sicht der FDP nachhaltig sanieren lassen, um Handlungsspielräume für die Zukunft zu eröffnen. Dazu müssen jedoch zusätzlich die weiteren Mehreinnahmen bei den Steuern, die zu erwarten sind, auf jeden Fall in die Tilgung von Schulden gesteckt werden. Die größte Gefahr besteht darin, dass zusätzliches Geld auch wieder neue Begehrlichkeiten weckt, die andere Fraktionen bedienen wollen, um sich so eine gute Ausgangslage für die nächste Kommunalwahl zu verschaffen. Damit würden sie den kommenden Generationen jedoch einen Bären-dienst erweisen. Die FDP wird jedoch auch weiterhin ihre konsequente Linie vertreten: Schulden abbauen, überflüssige Ausgaben streichen und gleichzeitig den Erhalt der Infrastruktur sichern.